



Freitag, 23. Mai 2025, 12:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Kein Ende des Mordens

„Nie wieder Krieg“ war eine der ersten Botschaften Papst Leos XIV. für die Welt — für Not leidende Rüstungskonzerne wäre das eine schlechte Nachricht.

von Heinrich Frei
Foto: FrankHH/Shutterstock.com

„Friede sei mit euch“, begrüßte der frisch gekürte Papst die auf dem Petersplatz wartende Menschenmenge. Bei

den Rüstungsprofiteuren und den ihnen dienstbaren Politikern verhallte diese Botschaft – wie alle vorherigen – jedoch ungehört. Im Gegenteil: Weltweit steigen die Rüstungsausgaben derzeit drastisch. Meist werden der Krieg in der Ukraine und auch der Gaza-Konflikt als Gründe genannt, welche die Länder des Westens, Ostens und Südens angeblich dazu zwingen, die „Verteidigungsausgaben“ zu erhöhen. Niemals werden Macht- und Geldgier offen als Motive benannt – immer ist entweder „der andere“ oder auch eine unausrottbare menschliche „Veranlagung“ zur Gewaltschuld. Dabei hält diese These einer genauen historischen Überprüfung nicht stand. Kriege gehören zu den relativ gesehen spätesten Ideen, auf die die Menschheit gekommen ist – und zu den schlechtesten.

Der beispiellose Anstieg der Militärausgaben im letzten Jahr zeigt:

Es wird angenommen, dass es wieder Kriege geben wird. Deshalb wird aufgerüstet nach dem Grundsatz: „Wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor.“ Die Jugend soll wieder „kriegstüchtig“ werden und in vielen Ländern wird die Einführung der Kriegsdienstpflicht diskutiert. In Deutschland setzt der größte Rüstungskonzern Rheinmetall auf Rüstung statt auf E-Mobilität. Diese Firma stellt zivile Standorte auf Militärtechnologie um (1).

Wird die Friedensbotschaft des neuen Papstes Leo XIV verhallen, der „Nie wieder Krieg“ forderte und verlangte, den Krieg in der Ukraine, im Gazastreifen, im Sudan und die über 100 weiteren Kriege zu beenden? Wird weiter aufgerüstet?

Laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)

war 2024 ein beispielloser Anstieg der Militärausgaben zu verzeichnen. Sie stiegen gegenüber 2023 von 2.443 Milliarden US-Dollar um 9,4 Prozent auf 2.718 Milliarden US-Dollar. Es war der stärkste Anstieg gegenüber einem Vorjahr seit dem Ende des Kalten Krieges.

Über 100 Länder haben Militärausgaben erhöht

Xiao Liang, Forscher beim SIPRI-Programm für Militärausgaben und Waffenproduktion, schrieb:

„Über 100 Länder auf der ganzen Welt haben ihre Militärausgaben im Jahr 2024 erhöht. Da die Regierungen der militärischen Sicherheit zunehmend Priorität einräumen, oft auf Kosten anderer Haushaltsbereiche, könnten die wirtschaftlichen und sozialen Kompromisse in den kommenden Jahren erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaften haben.“

„Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung wurde Deutschland zum Land in Westeuropa mit den höchsten Militärausgaben, was auf den 2022 angekündigten Verteidigungssonderfonds in Höhe von 100 Milliarden Euro zurückzuführen ist“, sagte Lorenzo Scarazzato, Forscher beim SIPRI-Programm für Militärausgaben und Rüstungsproduktion.

„Die jüngste Politik in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern deutet darauf hin, dass Europa in eine Phase hoher und steigender Militärausgaben eingetreten ist, die wahrscheinlich in absehbarer Zukunft anhalten wird“ (2).

Immer höhere Militärausgaben

Der Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben stieg weltweit auf 7,1 Prozent im Jahr 2024. Die Militärausgaben pro Person waren mit 334 Dollar die höchsten seit 1990. Das macht 0,92 US-Dollar pro Person und Tag aus. Zum Vergleich: Im Jahr 2022 lebten rund 9 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut, das heißt ihnen standen weniger als 2,15 Dollar pro Tag zur Verfügung.

Der seit zehn Jahren anhaltende Anstieg der weltweiten Militärausgaben kann teilweise auf Ausgabensteigerungen in Europa zurückgeführt werden, vor allem durch den anhaltenden Russland-Ukraine-Krieg und im Nahen Osten aufgrund des Gaza-Krieges und größerer regionaler Konflikte. Viele Länder haben sich außerdem verpflichtet, die Militärausgaben zu erhöhen, was in den kommenden Jahren weltweit zu einem weiteren Anstieg der Militärausgaben führen wird (3).

Weltweite Militärausgaben 2024 laut dem Stockholm International Peace Research Institute SIPRI **2'718 Milliarden USD**

Pro Kopf Militärausgaben gerechnet laut Bevölkerungszahlen Wikipedia

Grafik Heinrich Frei

United States of America 997 Milliarden USD
37 Prozent der weltweiten Militärausgaben
890 USD pro Kopf Militärausgaben



China 314 Milliarden USD
12 Prozent der weltweiten Militärausgaben
221 USD pro Kopf Militärausgaben



Russland 149 Milliarden USD
5,5 Prozent der weltweiten Militärausgaben
1027 USD pro Kopf Militärausgaben



Deutschland 88,5 Milliarden USD
3,3 Prozent der weltweiten Militärausgaben
994 USD pro Kopf Militärausgaben



Indien 86,1 Milliarden USD
3,2 Prozent der weltweiten Militärausgaben
59 USD pro Kopf Militärausgaben



Grossbritannien 81,8 Milliarden USD
3,0 Prozent der weltweiten Militärausgaben
1194 USD pro Kopf Militärausgaben



Saudiarabien 80,3 Milliarden USD
3,0 Prozent der weltweiten Militärausgaben
3752 USD pro Kopf Militärausgaben



Ukraine 64,7 Milliarden USD
2,4 Prozent der weltweiten Militärausgaben
1758 USD pro Kopf Militärausgaben



Frankreich 64,7 Milliarden USD
2,4 Prozent der weltweiten Militärausgaben
971 USD pro Kopf Militärausgaben



Japan 55,3 Milliarden USD
2,0 Prozent der weltweiten Militärausgaben
447 USD pro Kopf Militärausgaben



Zum Vergleich weitere Länder

Israel 46,5 Milliarden USD
1,7 Prozent der weltweiten Militärausgaben
4947 USD pro Kopf Militärausgaben



Iran 7,9 Milliarden USD
0,3 Prozent der weltweiten Militärausgaben
88 USD pro Kopf Militärausgaben



Schweiz 6,7 Milliarden USD
0,25 Prozent der weltweiten Militärausgaben
830 USD pro Kopf Militärausgaben



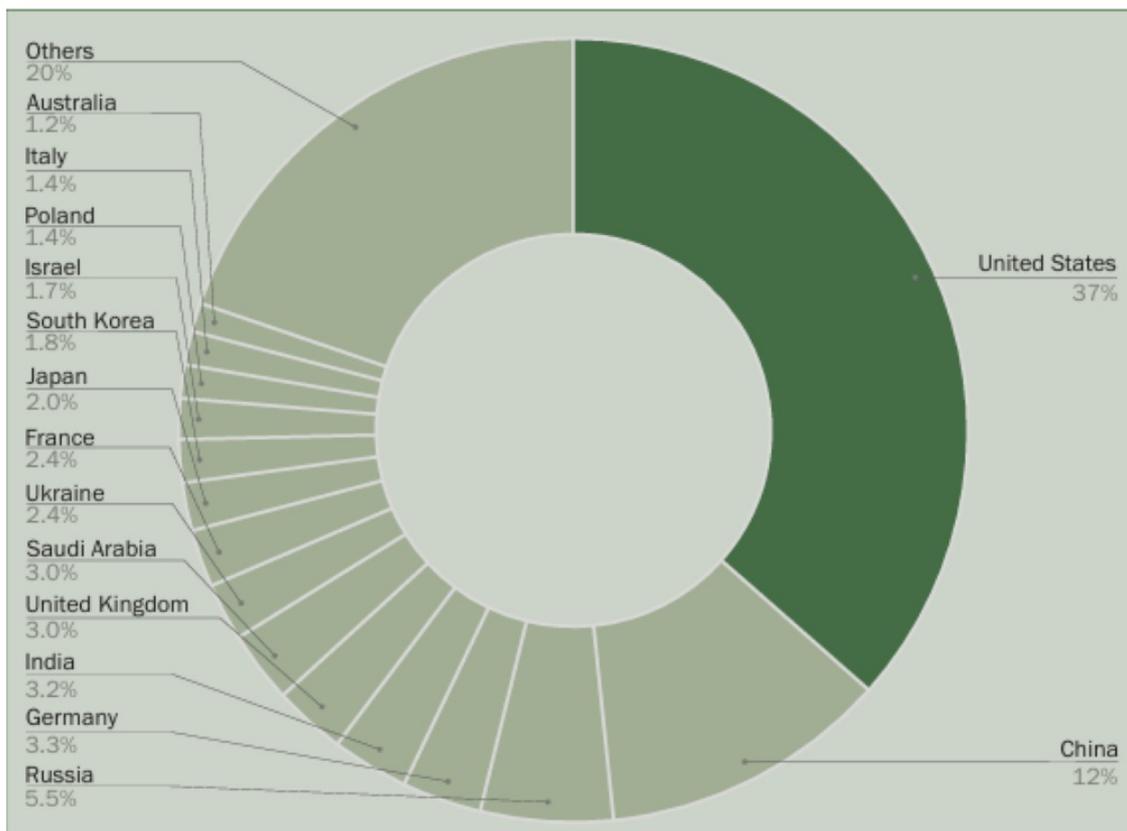


Figure 2. The share of world military expenditure of the 15 countries with the highest spending in 2024

Source: SIPRI Military Expenditure Database, Apr. 2025.

Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI

Das SIPRI ist mit seinen 50 bis 60 Mitarbeitern der Buchhalter der Kriege, der Militär- und der Rüstungsausgaben. Die Kosten der Institution SIPRI werden zur Hälfte von der schwedischen Regierung übernommen. Diese Regierung erlaubte es 2024 der schwedischen Rüstungsindustrie, dass für 29 Milliarden Kronen (3 Milliarden US-Dollar) Kriegsmaterial exportiert werden konnte, 63 Prozent mehr als 2023 (4).

Militärbudget der USA sechsmal größer als das von Russland

Die Zahlen von SIPRI sind sehr wichtig. Sie bringen vielleicht einige Politiker zur Besinnung, wenn sie noch weiter aufrüsten wollen, um – wie sie sagen – mit mehr Waffen und Soldaten „den Frieden sichern“ zu wollen. SIPRI dokumentierte zum Beispiel, dass 2024 die Militärausgaben der USA 997 Milliarden US-Dollar betragen und die von Russland 149 Milliarden US-Dollar, also über sechsmal weniger als die der Vereinigten Staaten. SIPRI zeigte auch, dass Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien zusammen 273 Milliarden US-Dollar für das Militär aufwenden, 1,8-mal mehr als der Feind Russland.

Sehr seltsam ist, was der SIPRI-Chef Dan Smith sagte:

„Nun werden auch in Europa – mit einiger Verzögerung nach dem russischen Überfall auf die Ukraine – die Verteidigungsausgaben deutlich erhöht. Viele Länder konstatieren gravierende Lücken in ihrer Verteidigungsfähigkeit.“

Das aktuelle Ausmaß an Aufrüstung erachtet der SIPRI-Chef daher als „vernünftig“ (5).

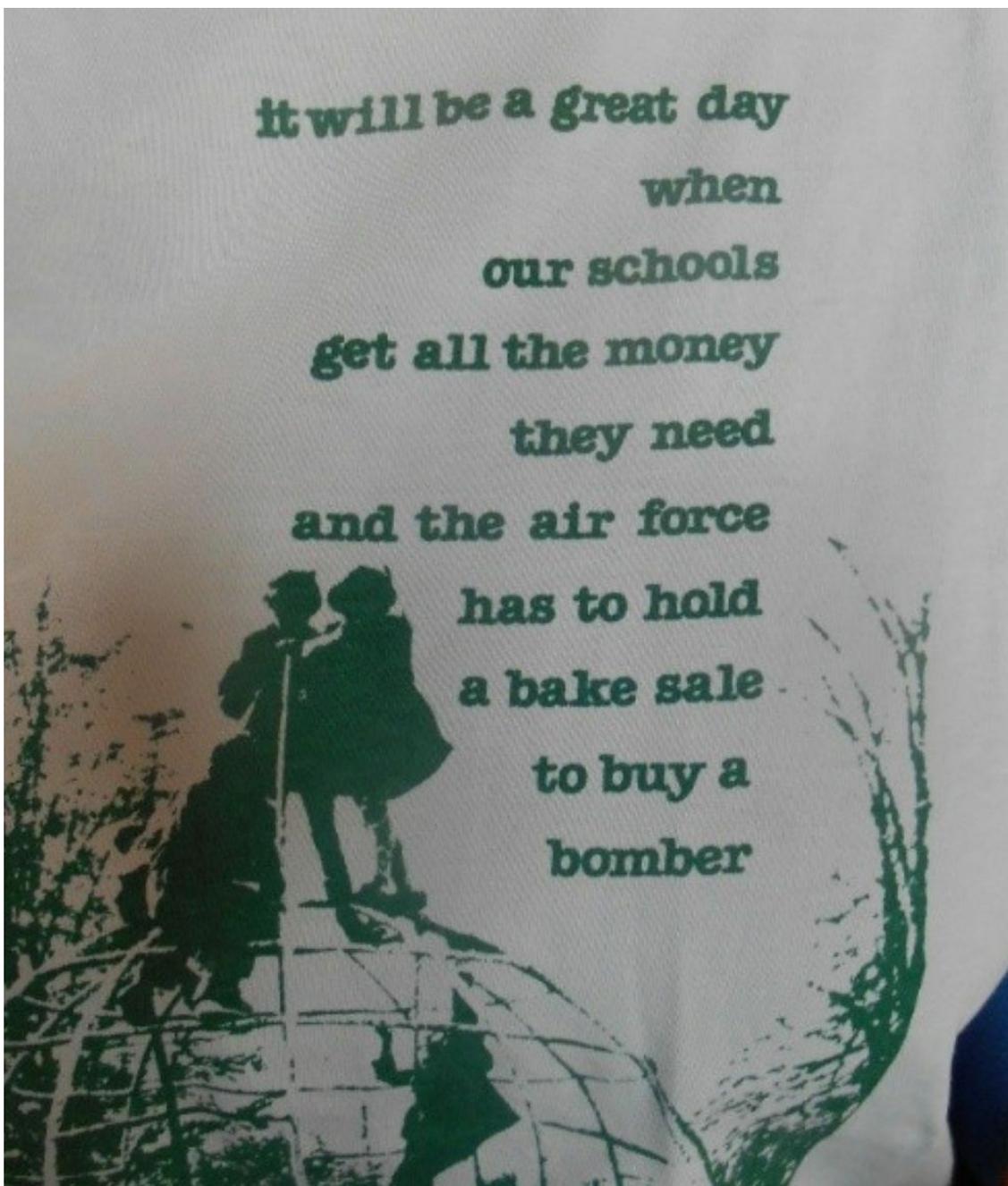
Was würde passieren, wenn SIPRI, das zu Hälfte vom schwedischen Staat finanziert wird, Stellung nähme gegen die Kriegsmaterialexporte Schwedens an Staaten, die jetzt mit ihren Waffenlieferungen an Israel und die Ukraine zu Kriegsparteien geworden sind? Was würde passieren, wenn Mitarbeiter von SIPRI die Politik Schwedens der letzten Jahrzehnte ebenso kritisch unter die Lupe nehmen würden wie der deutsche Journalist Dirk Pohlmann und der südafrikanische Autor Andrew Feinstein (6)?

Welternährungsprogramm fordert 16,9 Milliarden US-Dollar

Niemand müsste mehr hungern. Alle Kinder dieser Welt könnten in die Schule gehen. Jedermann könnte Hilfe erhalten, wenn er krank und alt wird, wenn ein Bruchteil der weltweiten Militärausgaben von 2.718 Milliarden US-Dollar für diese Dinge eingesetzt würden. Aber nur schon bei der Finanzierung des Welternährungsprogramm (WFP) hapert es.

In den USA sind die öffentlichen Schulen unterfinanziert und die Lehrkräfte sind schlecht bezahlt. Sie müssen oft um Hilfe betteln, derweil für die Rüstung im Jahr 2024 997 Milliarden US-Dollar verbuttert werden.

Dazu der Spruch auf einem T-Shirt, das meine Bekannte einmal in New York gekauft hatte:

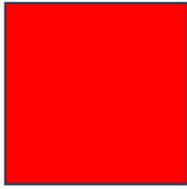


Es wird ein großartiger Tag werden, wenn die Luftwaffe hausgemachte Kuchen verkaufen muss, um einen Bomber zu kaufen und unsere Schulen das Geld erhalten, das sie brauchen, Foto: Heinrich Frei

16,9 Milliarden US-Dollar für das Welternährungsprogramm

Das Welternährungsprogramm (World Food Programme, WFP) forderte kürzlich rund 16,9 Milliarden US-Dollar, um die eskalierende globale Hungerkrise zu bewältigen. Das entspricht in etwa dem, was die Welt in zweieinhalb Tagen für das Militär ausgibt.

Finanzierungslücken im Jahr 2024 zwangen das WFP, seine Aktivitäten zu reduzieren, wodurch oft einigen der Schwächsten nicht geholfen werden konnte, sie verhungerten.



**Weltweite Militärausgaben 2024:
2718 Milliarden US-Dollar**



**Welternährungsprogramm (WFP)
benötigt 16,9 Milliarden US-Dollar,
um die globale Hungerkrise zu
bewältigen.**

Grafik Heinrich Frei

Die Aufforderung der Mitarbeiter des WFP 16,9 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen, um die eskalierende globale Hungerkrise zu bewältigen, erfolgte auf die Veröffentlichung des Global Outlook 2025, in dem der Bedarf an Nahrung ermittelt wird. Nach Angaben des WFP nimmt der Hunger weiter zu:

343 Millionen Menschen in 74 Ländern sind heute von akuter Unsicherheit in der Versorgung durch Nahrung betroffen – ein Anstieg von 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dazu gehören 1,9 Millionen Menschen, die am Rande einer Hungersnot stehen, wobei in Regionen wie Gaza, Sudan, Südsudan, Haiti und Mali katastrophaler Hunger herrscht.

Cindy McCain, Exekutivdirektorin des WFP, beschrieb den Ernst der Lage:

„Der weltweite Bedarf an humanitärer Hilfe steigt, angeheizt durch verheerende Konflikte, häufigere Klimakatastrophen und umfangreiche wirtschaftliche Turbulenzen. Doch die Finanzierung kann nicht Schritt halten.“

Wie oben schon erwähnt: Finanzierungslücken im Jahr 2024 zwangen das WFP, seine Aktivitäten zurückzufahren, wodurch oft einige der Schwächsten zurückblieben, sie verhungerten. (7)





Verteilung von Öl und Getreide der USA in Merka, in Somalia. (Fotos: Förderverein Neue Wege in Somalia, gegründet von Vre Karrer) (8)

Bis heute waren die Vereinigten Staaten von Amerika, als größte Wirtschaftskraft der Welt, mit Abstand der wichtigste Unterstützer des Welternährungsprogramms. Der neue US-Präsident Donald Trump hat jetzt die Unterstützung von UNO-Organisationen reduziert, was bereits katastrophale Auswirkungen hatte.

Beeinträchtigung der Friedensforschung

Die Arbeit des SIPRI ist sehr wichtig. Eine unabhängige Forschung kann erschwert werden, wenn staatliche Institutionen die

Forschung finanzieren. Staatliche Stellen sind verbandelt mit der Armee, mit der Industrie, mit Banken, mit Kreisen, die daran glauben, vor allem mit Waffen müsse der Frieden gesichert werden, die deshalb auch der Rüstungsindustrie großzügig die Möglichkeit lassen, Kriegsmaterial zu exportieren (3, 4).

Swisspeace in der Schweiz ist eine Praxis- und Forschungseinrichtung, die sich der Förderung effektiver Friedensbildung widmet (9). Zu den wichtigsten Auftraggebern von Swisspeace gehören das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, der Schweizerische Nationalfonds, das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation sowie nationale und internationale Organisationen, Stiftungen und Denkfabriken.

Der Direktor Laurent Goetschel von Swisspeace hatte sich in der Sendung im „SRF-Club“ (10) skeptisch gegenüber den Auswirkungen eines Hamas-Verbots in der Schweiz geäußert. Seiner Ansicht nach würde damit die Tür geöffnet, um weitere Akteure – wie etwa die kurdische PKK – ebenfalls zu Terroristen zu erklären und zu verbieten. Dies würde die Friedenssuche erschweren. Dem Baselbieter Landrat passte diese Stellungnahme von Goetschel nicht. Er strich Swisspeace die 100.000 Franken, die jährlich von 2024 bis 2027 vorgesehen waren. Zu befürchten ist, dass Swisspeace auch die Mittel gestrichen würden, wenn sich diese Institution gegen die Waffenexportpolitik der Schweiz stellen würde und zum Beispiel für ein Verbot von Waffenexporten an immer wieder Krieg führende NATO-Staaten wie die USA und Regime im Nahen Osten wie Saudiarabien eintreten würde (11).

Umfassende Friedensforschung

Der beispiellose Anstieg der Militärausgaben im Jahr 2024 zeigt: Es

wird angenommen, dass es wieder Kriege geben wird. Deshalb wird aufgerüstet nach dem Grundsatz: „Wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor.“

Heute denken viele Menschen, Kriege habe es immer schon gegeben und werde es immer wieder geben. Kriege würden auch durch eine genetische Veranlagung des Menschen zur Gewalt verursacht. Oder sie denken, die heutige Organisation der Gesellschaft führe unweigerlich zu militärischen Auseinandersetzungen. Das heißt, die Ursache von bewaffneten Konflikten liege auch darin, wie die Gesellschaft nach der Periode der Menschheitsgeschichte, der Zeit der Jäger und Sammler eingerichtet wurde, eine Welt der Landwirtschaft, der Dörfer, der Städte, des Privateigentums, des Oben und Unten, der Hierarchien. Diese Thesen wurden inzwischen widerlegt.

Krieg steckt uns nicht in den Genen, er ist in der Geschichte der Menschheit eine späte Ausnahme.

Heute wäre eine umfassende Friedensforschung unter Einbezug aller Wissenschaften nötig, um Kriege zu verhindern. Archäologen, Anthropologen, Historiker und Biologen haben schon einen Anfang gemacht. Sie sind zum Schluss gekommen:

Kriege werden nicht durch eine genetische Veranlagung des Menschen zur Gewalt verursacht, sondern sie seien kulturelle Irrwege der Menschheit, die in Zukunft vermieden werden könnten. Die Forscher stellten auch fest, dass Kriege erst im letzten Prozent der Menschheitsgeschichte aufgetreten sind.

Historiker erinnern auch: In geschichtlich überlieferten Perioden

lebten viele Völker lange friedlich, ohne kriegerische Konfrontationen (11).

Zu diesem Thema wurden in den letzten Jahren eindruckliche Bücher veröffentlicht, die die Menschheitsgeschichte vom Kopf auf den Fuß stellen. Rutger Bregmann verfasste 2012 das Buch „Im Grunde genommen gut, eine neue Geschichte der Menschheit“, David Graeber und David Wengrow 2022 die Untersuchung „Anfänge, eine neue Geschichte der Menschheit“ und von Harald Meller, Kai Michel und Carl van Schaik stammt die Dokumentation „Evolution der Gewalt“ aus dem Jahr 2024.



Heinrich Frei, Jahrgang 1941, ist Architekt und beteiligt sich in der Schweiz an verschiedenen friedenspolitischen Initiativen. Er arbeitet ebenfalls bei **Swisso Kalmo** (<http://www.swisso-kalmo.ch/>) mit.